

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Notiz statt Verbot

In den vorhergehenden Jahren hatte man in Moskau dafür gesorgt, dass zum jüdischen Osterfest (Passah) keine Mazen (ungesäuertes Brot) erhältlich waren. Jetzt macht man es anders. Die Mazenkäufe werden nicht mehr behindert, dafür aber registriert. Jeder Bezüger kommt auf eine Liste.

Der liberale Teil der neuen Regelung war zuerst bekannt geworden. Jehuda Leb Lewin, der Oberrabbiner von Moskau, hatte mitteilen können, dass dieses Jahr jeder Mann, der entsprechend Mehl in die Synagoge bringe, Mazen in beliebiger Menge erhalten werde.

Dieses Jahr werden in der sowjetischen Hauptstadt in vier verschiedenen Bezirken Mazen gebacken, und auch in einigen Grossstädten, wie Kiew und Odessa, ist dieses Passah-Brot erhältlich.

Doch ist die Freude über die zuvorkommende Haltung der Sowjetbehörden bald getrübt worden. Laut offiziellen Vorschriften muss nämlich jeder Gläubige, der sein Mehl in die Synagoge bringt, seinen Namen und seine Adresse an-

geben. Die Liste wird schliesslich den lokalen Behörden zur Verfügung gestellt. Diesen wird es dadurch ermöglicht, über jene Bürger, die auf das österliche Brauchtum ihrer Religion Wert legen und sich zu den Gläubigen zählen, genau Buch zu führen. Dieser Umstand kann namentlich für jene, die in ihrem Beruf leitende Stellen bekleiden, oder gar der KPdSU angehören, zu gegebener Zeit alle erdenklichen unangenehmen Folgen haben.

Sehr viele Juden ziehen es daher vor, sich auf diesen Listen nicht eintragen zu lassen, und ihre Mazen zu höheren Preisen auf dem schwarzen Markt zu kaufen. Dies wird wiederum vom Gesetz als Spekulation definiert, und wer da-

bei erwischt wird, muss gegebenenfalls mit einer harten Strafe rechnen. Wohl ist die Praxis in dieser Beziehung häufig weniger streng als die Paragraphentheorie, doch ist die Gefahr, dass man ein Exemplar statuieren will, gerade beim Mazenhandel grösser als bei den «üblichen» illegalen Geschäften.

Früher hatte man in Moskau die Mazen, die zuvor von der jüdischen Glaubensgemeinde gebacken worden waren, in den staatlichen Geschäften verkauft, ohne die Personalien der Käufer aufzunehmen. Allerdings liessen die Behörden dann das Angebot immer mehr zurückgehen, bis in den letzten Jahren überhaupt keine Mazen mehr erhältlich waren. Die jetzige Regelung wirkt zunächst viel grosszügiger, aber sie hat ihre Tücken.

parteiergebenen Funktionären zeigt, dass die Partei ihre neue harte Linie in der Kulturpolitik durchsetzen will.

Das ist so eine Geschichte

In Polen beschäftigt man sich nicht nur mit der Frage, wie eigentlich die jüngere Geschichte wirklich war (siehe Seite 8), sondern auch noch mit der weiteren Frage, was es überhaupt nützt, darüber zu schreiben.

Der Sejm-Abgeordnete und Kolumnist Stefan Kisielewski zitiert jedenfalls die Auffassung, dass man über das Geschehen der letzten 20 Jahre ohnehin nicht objektiv berichten könne, weil das gegen Staats- und Privatinteressen verstoßen würde. In der katholischen Wochenzeitschrift «Tygodnik Pow-szechny» lässt er folgende Meinung vom Historiker Tadeusz Manteuffel zu Wort kommen:

«Schliesslich enthält die zeitgenössische Geschichte eine grosse Anzahl von Ereignissen, die man auch nach 20 Jahren nicht besprechen kann, ohne den öffentlichen Interessen zu schaden, von den privaten ganz zu schweigen.

Nehmen wir als Beispiel aus der Geschichte unseres eigenen Landes folgendes Problem: Wir haben jetzt eine Einheitspartei, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die durch den Zusammenschluss der Polnischen Arbeiterpartei und der Polnischen Sozialistischen Partei entstanden ist. Nun, waren die Beziehungen zwischen diesen Parteien wirklich harmonisch, damals zwischen 1945 und 1948?

Wenn wir, als Historiker, ausführlich über die letzten 20 Jahre berichten sollten, wäre es für uns ratsam, diese Tatsachen, die doch unbestreitbar sind, in unsern Tagen aufzudecken?

Vielelleicht werden sie in 50 Jahren nicht so viele Bedenken hervorufen und die Leser nicht so aufregen, wie es gerade jetzt der Fall wäre. Heute wäre es bestimmt nicht ratsam, sie zu diskutieren und sie einer grösseren Öffentlichkeit vorzulegen.

Meiner Ansicht nach ist die Geschichte der letzten 20 Jahre in ihrer Gesamtheit nicht reif für eine historische Untersuchung. Nur gewisse Sektoren können vorgelegt werden, und wenn man seine Auswahl trifft, muss man völlig von Verantwortungsgefühl durchdrungen sein, damit er nicht durch seine Aktion die öffentlichen Interessen verletzt.»

Bis dahin zitierte Kisielewski und nimmt dann seinen eigenen Kommentar mit folgendem Satz wieder auf:

«Natürlich kann man die „Verletzung der öffentlichen Interessen“ verschieden interpretieren...»

Wann ist ein Käse wirklich wertvoll?
Wenn er ohne künstliche Zusätze reifen darf
— wie Roth-Käse.